

Statt Orden besser Anklage gegen Merkel! (17.04.2023)

Am heutigen Montag soll Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel durch Bundespräsident Steinmeier mit der höchstmöglichen Stufe des Bundesverdienstkreuzes geehrt werden.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, wertet dies als ein völlig falsches Signal, sei es doch vor allem Angela Merkel gewesen, die für die heutige desolate Situation Deutschlands verantwortlich sei.

"Egal ob der völlig unsinnige Entschluss zum Atomausstieg, die Verwahrlosung der Infrastruktur oder die Verursachung der folgenschweren Flüchtlingspolitik: Angela Merkel hat unendlich viel Leid über Deutschland gebracht. Sie hat daneben als Verfassungsbrecherin, die auch davor nicht zurück schreckte Wahlen, deren Ausgang ihr nicht gefielen, rückgängig zu machen, von sich Reden gemacht. Angela Merkel stand nicht auf dem Boden des Grundgesetzes und hat offenbar vor allem am Ende ihrer Amtszeit die Demokratie mehr verachtet als ihr genutzt. Sie nun mit dem höchsten Orden Deutschlands auszuzeichnen, ist ein Hohn. Es braucht endlich fähige und mutige Staatsanwaltschaften, die Angela Merkel vor Gericht bringen."



Trinkwassernotbrunnen sind Thüringen egal - Keine Mittel abgerufen (18.04.2023)

Im Jahr 2022 stellte die Bundesregierung insgesamt 1.122.697 Euro für die Teilfinanzierung von Maßnahmen zur Sicherstellung der Trinkwassernotversorgung in Thüringen zur Verfügung. Von diesen Mitteln wurden laut Aussage der Bundesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage des Thüringer AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner keine Trinkwassernotbrunnen ertüchtigt oder errichtet.

Stephan Brandner kritisiert, dass Thüringen offenbar die Notversorgung der Bürger egal sei: "Gerade in der heutigen Zeit. Blackoutereignisse wahrscheinlicher sind, als jemals zuvor, ist die Sicherstellung einer Notversorgung mit Wasser wichtiger denn je. Dass die zur Verfügung stehenden Mittel offenbar nicht abgerufen überhaupt werden. vollkommen unverantwortlich."





Ungeziefer im Schulessen - Vonarb ist's egal (17.04.2023)

Auf eine Anfrage des direkt In Ostthüringen gewählten AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner hinsichtlich der Situation, der Kosten und der Teilnahme am Schulessen in Gera, reagiert die Stadt mit einer Nullantwort. Brandner erkundigte sich insbesondere, ob Insekten im Schulessen verarbeitet werden. Bereits am Ende des vergangenen Jahres beschwerten sich Geraer Eltern über die hohen Kosten, die mit der Teilnahme an der Verpflegung verbunden seien.

"Die Stadt Gera tut, als ginge sie die Situation des Schulessens und damit die Nöte und Sorgen der Eltern nichts an. Da liegt sie allerdings völlig falsch. Für mich steht zum einen fest, dass die Stadt Kenntnis über die Zusammenstellung der Speisen haben muss und zum anderen, dass sie die Eltern nicht im Regen stehen lassen darf!"

Verfassungsrichterin Britz hat Deutschland schweren Schaden zugefügt (17.04.2023)

Heute erhielt Gabriele Britz von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Entlassungsurkunde als Verfassungsrichterin. Auf sie folgt auf SPD-Vorschlag Miriam Meßling, bisher Vizepräsidentin des Bundessozialgerichts.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, mahnt, dass Britz mit ihren Entscheidungen Deutschland nachhaltig Schaden zugefügt habe.

"Britz wirkte an der Entscheidung zum dritten Geschlecht ebenso mit wie an dem skandalösen Klimabeschluss von 2021, der Deutschlands Politik nachhaltig negativ prägt. Bundesverfassungsgericht hat unter Britz linke Politik betrieben und gezeigt, dass es alles andere als unabhängig von den politischen Vorgaben derer ist, die die Richter in das Amt hieven, nämlich die Parteien. Parteipolitik hat aber im Bundesverfassungsgericht nichts zu suchen. Auch in der Nachfolge Britz' wird sich wohl so lange nichts an den überwiegend zumindest fragwürdigen Entscheidungen des höchsten deutschen Gerichts ändern, bis die Wahl der Richter keinen politischen Interessen mehr folgt, sondern einzig dem Schutz des Grundgesetzes dient", kommentiert Brandner.





Scheinheilig – Bundesregierung gibt keine Auskunft zu Linienflügen und Zugfahrten (17.04.2023)

Bundesaußenministerin Baerbock hatte zu Beginn ihrer Amtszeit verkündet, dass sie regelmäßig Zug und Linienflug nutzen wolle. Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Brandner, hält dieses die Vorhaben angesichts der Forderungen, die **Bundesregierung** an die Bevölkerung stellt, für selbstverständlich. Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion offenbart allerdings, **Bundesregierung** auskunftsfreudig hinsichtlich ihrer Reisetätigkeit mit Zug und Linienflieger ist.

Stephan Brandner erklärt:

"Die Bundesregierung gibt an, dass sie keinen Überblick darüber habe, wann Linienflüge und Zugfahrten verwendet werden und dass die Nutzung des öffentlichen Verkehrs zum einen nicht immer zielführend sei, zum anderen aber auch Sicherheitsbedenken und die Termindichte sprächen. Während der einfache Bürger also am besten mit dem Lastenrad fahren soll, unternimmt die Bundesregierung keine Anstrengungen, um sich selbst auch einzuschränken. Welch eine Heuchelei. Dass zudem Lindners Bundesfinanzministerium und das Verteidigungsministerium auf Benziner in ihrer Flotte setzen, zeigt einmal mehr, wie scheinheilig die Bundesregierung agiert, die Bürger zu Elektrofahrzeugen verpflichten will."

#BRANDNERFRAGTNACH



Zivile Seenotrettung durch Organisationen mit Sitz in Deutschland

Kleine Anfrage: 20/5458

https://www.brandner-im-

bundestag.de/anfragen/kleine-anfrage-28-februar-

2023-205458.html



Aktuelle Videos

Enteignung, Verbote, Drangsalierung

5 Fragen - 5 Antworten

Folge 214





Wir haben Impfstoff für 127 Jahre!

Bald hat es sich AUSGESCHOLZT!

(Rede im Bundestag)





Aktueller Podcast



Letzte Generation verbieten!

BRAND(NER) AKTUELL

Folge 4

Oder auch hier:

Apple:

https://podcasts.apple.com/us/podcast/brand-neraktuell-der-sonntags-podcast-mit-dem-afdbundestagsabgeordneten-stephanbrandner/id1680346167

Amazon Music:

https://music.amazon.com/podcasts/8c238535-9297-456d-be54-df7237c2c58e/brandner-aktuellder-sonntagspodcast-mit-demafdbundestagsabgeordneten-stephan-brandner

Google:

https://podcasts.google.com/feed/aHROcH M6Ly9hbmNob3luZmOvcy9kZGZhNTgyNC9wb 2RjYXNOL3Jzcw

Spotify:

https://open.spotify.com/show/3Bb3UcCml ee4YWnboJRFWa

Brandners Woche in Berlin

Sitzungswoche in Berlin

Montag, 17. April

08:00 Bundesvorstand/Anreise nach Berlin

15:00 Fraktionsvorstandssitzung 17:00 Landesgruppensprechersitzung 18:30 Online-Bürgerdialog

Dienstag, 18. April

09:30 Arbeitskreis
Wahlprüfung, Immunität,
Geschäftsordnung
10:00 Arbeitskreis Recht
12:30 Sitzung Landesgruppe
Thüringen
13:15
Arbeitskreisleitertreffen
15:00 Fraktionssitzung
im Anschluss:
Mitarbeiterbesprechung

Mittwoch, 19. April

09:00 Uhr Ausschuss Recht
13:00 Regierungsbefragung
im Anschluss Plenum Dienst als Parlamentarischer
Geschäftsführer im Plenum
(PGF-Dienst)
17:00 Arbeitsgruppe
Geschäftsordnung
19:30 Abendveranstaltung

Donnerstag, 20. April

Ab 09:00 Plenum
10:30 Rede im Bundestag
13:00 Ältestenrat
15:00 Rede im Bundestag
16:00 Ausschuss Wahlprüfung,
Immunität, Geschäftsordnung
im Anschluss: Plenum/PGF-Dienst
bis 22:45

Freitag, 21. April

Ab 09:00 Plenum/ kurzer PGF-Dienst, Videodreh, Podcast





Ihr Abgeordneter für Gera – Greiz – Altenburger Land



Brandners Bericht aus Berlin

Mittwoch, 19. April 2023

Befragung der Bundesregierung (Bundesaußenministerin Baerbock)

China ist Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale, erklärte Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) in der Regierungsbefragung des Bundestages. Der Aspekt "systemischer Rivale" nehme "leider" immer stärker zu.

Der AfD-Abgeordnete Petr Bystron erklärte in seiner Rede, dass das Auswärtige Amt mit illegalen Mitteln arbeite, um in gefälschten Pässen zugunsten ausreisewilliger Afghanen Visa zu erteilen. "Wir beteiligen uns an nichts, was illegal wäre", erwiderte die Ministerin und wies die Behauptungen Bystrons zurück. Das Aufnahmeprogramm sei gestoppt worden, nachdem man Hinweise auf Fälschungen erhalten habe. Es würden nun zusätzliche Sicherheitsüberprüfungen gemacht.

Fragestunde – Mündliche Fragen an die Vertreter der Bundesregierung

Im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr forderte Stephan Brandner von dem Parlamentarische Staatssekretär Oliver Luksic ein Bekenntnis dazu, dass am Bundesverkehrswegeplan 2030 nichts mehr geändert wird, dass die darin festgeschriebenen Projekte so umgesetzt werden, wie sie vereinbart sind und wie sie schriftlich fixiert sind. Dabei ging es Brandner insbesondere um eine Umgehungsstraße der B 2 und B 175 für Großebersdorf, Burkersdorf und Frießnitz. "Seit über 90 Jahren warten die Menschen vor Ort darauf, dass diese Umgehungsstraße gebaut wird. Seit über 90 Jahren kämpfen die Menschen dafür. Dieses Projekt ist im Bundesverkehrswegeplan aufgeführt" und soll nach dem Willen Brandners doch endlich realisiert werden.

AfD-Forderung nach Corona-Untersuchungsausschuss zurückgewiesen

Der Bundestag hat die Forderung der AfD-Fraktion zur Einsetzung des 2. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode (Bekämpfung des Corona-Virus) zurückgewiesen. Das Gremium sollte "das Verhalten der Bundesregierung und ihrer Geschäftsbereichsbehörden im Zusammenhang mit der Bewältigung der Maßnahmen gegen das Coronavirus untersuchen". Vor allem wollte die AfD geklärt wissen, ob die Bundesregierung auf eine Pandemie durch das Coronavirus ausreichend vorbereitet war. Auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse sollten Handlungsempfehlungen für den Fall einer zukünftig auftretenden Pandemie erarbeitet werden. Zudem nahm die Fraktion gesundheitlich nachteilige Folgen für Kinder und Jugendliche durch den Lockdown in den Jahren 2020/2021 in den Blick, deren Verhältnismäßigkeit untersucht werden müsse, da Kinder und Jugendliche nicht zur Risikogruppe gehörten. Dies schließe die Frage nach dem Umgang mit gesundheitlichen Folgeschäden mit ein, "die bis heute einer ärztlichen Behandlung bedürfen".

Donnerstag, 20. April

Forderung nach Untersuchungsausschuss zu Warburg/Cum-Ex beraten

Die Dimensionen sind gewaltig: 280 Millionen Euro Kapitalertragsteuer sollen der Hamburger Warburg-Bank aufgrund von Cum-Ex-Geschäften zu Unrecht erstattet worden sein; es steht der Verdacht politischer Einflussnahme im Raum. "Deswegen gibt es nur einen Weg, dieses Thema jetzt sorgfältig zu untersuchen, nämlich die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses", sagte Dr. Mathias Middelberg, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. Stephan Brandner (AfD) bezeichnete den Untersuchungsantrag der Union als "mehr als dünn", befürwortete aber eine Untersuchung der Vorgänge um die Warburg-Bank. Scholz stehe für Ausweichen, Wegducken und für Gedächtnisverlust: "Wie kann eine solche Person Deutschland überhaupt regieren", fragte Brandner. Aufklärung sei notwendig, aber es gebe erheblich größere Probleme in Deutschland, wie unter anderem das Corona-Desaster, die Nordstream-Sprengung und die schrankenlose Einwanderung.

Aktuelle Stunde - Verleihung des Verdienstordens an Angela Merkel

Die AfD hat in einer von ihrer Fraktion beantragten Aktuellen Stunde mit dem Titel "Großkreuz des Verdienstordens nicht entwerten – Verleihung nur an herausragende Persönlichkeiten der deutschen Geschichte" ihre Kritik an der langjährigen Regierungschefin Dr. Angela Merkel (CDU). Beatrix von Storch (AfD) hielt Merkel eine "katastrophale Kanzlerschaft" mit "desaströsen" Folgen vor. Merkel sei inkompetent und machtbesessen gewesen. Stephan Brandner stellte in seiner Rede fest: "Eine solche Frau wird in Deutschland nicht etwa verurteilt und eingesperrt, sondern erhält den höchstmöglichen Orden, und das von einem Herrn Steinmeier, der viele Jahre eine deutschlandverneinende und -verachtende Politik mit Frau Merkel gemacht hat und ihr dieses Amt verdankt. Das ist so durchschaubar. Das ist schäbig. Eine Hand wäscht die andere. Das ist ein Altparteienstaat, den ich mir in meinen dunkelsten Träumen nicht hätte vorstellen können."

"Wir sagen: Frau Merkel ist viel näher an einem Haft- befehl als an einer Ordensverleihung. Dafür stehen wir als Alternative für Deutschland hier und unseren Wählern gegenüber gerade", so Brandner weiter.

Freitag, 21. April 2023

Unterrichtung durch die Bundesregierung über die gesundheitlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche

Der Bundestag hat In einer Grundsatzdebatte über das Krisenmanagement während der Corona-Pandemie und die Folgen für Kinder und Jugendliche beraten. Anlass war die Vorlage des Abschlussberichtes der Interministeriellen Arbeitsgruppe über die gesundheitlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche, der als Unterrichtung vorliegt. Grundsätzliche Kritik am Krisenmanagement in der Corona-Pandemie kam erneut von der AfD-Fraktion, die der Bundesregierung vorhielt, der Bevölkerung mutwillig geschadet zu haben. Martin Reichardt (AfD) sagte, noch vor dem ersten Lockdown seien im März 2020 Schulen und Kitas geschlossen worden. Das sei "der Beginn der Regentschaft totalitärer Kinderfeindlichkeit" gewesen. Er nannte den Titel des Expertenberichts verlogen: "Es war nicht Corona, sondern die totalitären Corona-Maßnahmen. Sie haben unsere Kinder schwer geschädigt." Studien hätten schon 2020 gezeigt, dass Kinder das Virus selten weitergeben. Eltern, Wissenschaftler und Kinderärzte hätten damals vor den psychischen Folgen von Schul- und Kitaschließungen gewarnt. Sie alle seien als Corona-Leugner diffamiert worden, viele hätten das mit ihrer wissenschaftlichen Reputation und ihrer gesellschaftlichen Ächtung bezahlt. Die AfD-Fraktion forderte Lauterbrach auf, sich persönlich zu entschuldigen und zurückzutreten.

Kommende Termine







Kommende Termine











-im-bundestag.de

#BRANDNERUNTERWEGS



20.04.2023
Spätschicht als
Parlamentarischer
Geschäftsführer



22.04.2023
Gut besuchter
Infostand in
Gera





22.04.2023
Erste
Ausbildungs
messe bei
der BSG
Wismut

22.04.2023
Mit Thomas Rudy
bei der
Jahreshauptversa
mmlung des LTV
e.V. in Weimar





Wir stehen an Ihrer Seite

Wahlkreisbüro Gera Rudolf-Diener-Straße 21 07545 Gera

Tel.: 03 65 - 20 42 41 30 Fax: 03 65 - 22 69 12 50 E-Post: kontakt@

brandner-im-bundestag.de Geöffnet: Di bis Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Gößnitz Zwickauer Straße 11 04639 Gößnitz

Tel.: 03 44 93 - 25 95 13 E-Post: goessnitz@ brandner-im-bundestag.de Geöffnet: Do und Fr: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Altenburg Kesselgasse 25 04600 Altenburg Tel.: 03 44 93 - 25 95 13

E-Post: altenburg@ brandner-im-bundestag.de Geöffnet: Mo und Mi: 10-17 Uhr



Wahlkreisbüro Zeulenroda Schleizer Straße 8 07937 Zeulenroda-Triebes Tel.: 03 66 28 - 96 35 02

Tel.: 03 66 28 - 96 35 02 E-Post: zeulenroda@ brandner-im-bundestag.de Geöffnet: Mo und Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Sömmerda Weißenseer Straße 8 99610 Sömmerda

Tel.: 0 36 34 - 69 22 888 E-Post: soemmerda@ brandner-im-bundestag.de Geöffnet: Mo: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Apolda Ritterstraße 4 99510 Apolda

Tel.: 0 36 44 - 83 20 468

E-Post: apolda@

brandner-im-bundestag.de Geöffnet: Mi: 10-14 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz











www.tiktok.com/@brandner_afd

Stellen Sie Ihre Fragen bei Abgeordnetenwatch

Möchten Sie mich finanziell unterstützen?

Kreisverband Jena-Gera-SHK Sparkasse Jena Saale-Holzland IBAN: DE42 8305 3030 0018 0346 75

BIC: HELADEF1JEN

Verwendungszweck: Stephan Brandner

Stephan Brandner Platz der Republik 1 11011 Berlin





